

MICHAEL DEMANGA

MICHAEL DEMANGEA

Impressum:

1. Auflage - 2014

Autor und Herausgeber: Michael Demanega

Kontakt: michael.demanega@gmail.com

Layout und Druck: www.kraler.bz.it

Alle Rechte vorbehalten

Nachdruck bzw. Digitalisierung, auch auszugsweise, nur nach Genehmigung des Autors

Die Südtiroler Autonomie ist zweifelsohne eine Erfolgsgeschichte. Der materielle Erfolg, der sich in Südtirol mit dieser Autonomie eingestellt hat, hat dabei aber auch seine Schattenseiten. Gewöhnt man sich erst einmal an einen bestimmten Wohlstand, wird irgendwann einmal auch alles andere selbstverständlich. Man beschäftigt sich vorwiegend mit sich selbst und mit seinen eigenen Befindlichkeiten. Man hinterfragt sich nicht mehr, hat es auch scheinbar gar nicht mehr notwendig. Man wird nachlässig und oberflächlich. In Südtirol hat man heute vielfach das Gefühl, dass man in diesem Land nicht mehr so recht weiß, wo es langgehen soll. In Zeiten, in denen es primär noch darum ging, die heutige Autonomie zu erkämpfen, war allen Südtirolern klar, dass sie nur so lange „Südtiroler“ sind und einen Anspruch auf einen Sonderstatus haben, wie sie sich gegenüber Italien abgrenzen. Das ist heute alles andere als klar. Ganz im Gegenteil. Das Verbindliche ist heute in Südtirol abhanden gekommen. Das Problem ist nur: Ohne klare Visionen und Perspektiven verläuft sich eine Gesellschaft. Eigentlich wäre es Aufgabe der Politik, Visionen und Perspektiven zu erarbeiten und Werte zu setzen. Eigentlich. Die Südtiroler Politik ist aber viel zu sehr mit Verwaltung und Machenschaften beschäftigt, als dass sie dem grundsätzlichen Lauf der Dinge eine Richtung geben könnte. Überall ist sie „alternativlos“, sie passt sich an die Umstände an und wartet die „normative Kraft des Faktischen“ ab. Sie ist es nicht mehr gewöhnt, für eine gemeinsame Sache zu kämpfen. Die Folge ist dabei die, dass die Südtiroler Gesellschaft heute zunehmend brüchig wird und dass individuelle Interessen vor allem anderen zählen. In der Politik wie beim Einzelnen. Südtirol stellt sich langfristig gesehen in Frage.

Gerade heute befinden wir uns in Südtirol in der Phase eines weitreichenden Umbruchs. An der Spitze dieses Landes vollzieht sich ein personeller Wechsel, der charakteristisch ist für die Entwicklung, die dieses Land nimmt. Während jene Generation Südtiroler, die die heutige Autonomie unter schweren Opfern erkämpft hat, abgetreten ist, folgte Ende der 1980er Jahre eine politische Generation, die nur noch mit der Verwaltung vergangener Erfolge beschäftigt war. Man muss jener zweiten Generation der Autonomie-Geschichte allerdings zugutehalten, dass sie sich bestimmte Wertehaltungen aus der Anfangsphase unserer

Autonomie zumindest unbewusst bewahrt hat. Dass an bestimmten Grundprinzipien nämlich nicht ohne Weiteres gerüttelt werden kann, ohne das Ganze in Frage zu stellen, war eine tief sitzende Gewissheit. Freilich hat man diese Werte und Prinzipien immer öfters im politischen Tagesgeschehen vernachlässigt und hinten angestellt. Und weil man sie eher unbewusst in sich trug, weil das alles nicht mehr authentisch und echt war, sondern vielmehr ein Überbleibsel vergangener Zeit, vermochte man auch nichts mehr an bleibenden und lebendigen Werten an die nächste Generation weiterzugeben. Jene Generation, die heute antritt, und die gewissermaßen als die dritte Generation der Autonomie-Geschichte bezeichnet werden kann, ist in einer völlig anderen Zeit aufgewachsen: In die Politik geht man heute nicht mehr deshalb, weil man bestimmte Werte durchsetzen will und um seinem Volk zu dienen, sondern um sich selbst und seine persönliche Karriere zu verwirklichen. „Anything goes“, also eine inhaltliche Beliebigkeit auch in entscheidenden Angelegenheiten, steht dabei längst nicht nur in Südtirol für eine Politik, die abgesehen von persönlichen Selbstverwirklichungsplänen kaum noch etwas zu bieten hat und die sich deshalb unkritisch und unhinterfragt ausschließlich an den Trend und an die Umstände anpasst. Politik hat gemäß dem politischen Selbstverständnis unserer führenden Politiker nur noch im Entferntesten mit „Volkssouveränität“ zu tun. Politik wird als modernes Dienstleistungsunternehmen aufgefasst, das es allen mehr oder weniger recht machen will. Um das „Volk“ geht es auch gar nicht mehr. Vielmehr geht es um ein engmaschiges Netz aus Beziehungen und Abhängigkeiten, in dem die etablierte Politik gefangen ist. Und so kommt es, dass moderne Politiker gar nicht mehr selbständig handeln können, sondern in allen Entscheidungen von bestimmter Tragweite von den Umständen abhängig sind. Das gilt ganz besonders für die Südtiroler Mehrheitspolitik, die in Bündnisinteressen und Freundenbeziehungen steckt. Weil man keine unabhängige Südtirol-Politik mehr betreiben kann und will, flüchtet man sich in Ausreden. Es ist dann davon die Rede, dass unsere Autonomie „modernisiert“ und „angepasst“ werden müsse. Man spricht von einer „territorialen“ Autonomie und meint damit eine Distanzierung von unserer heutigen Autonomie mit ihrem ethnischen Charakter. Oder

man wünscht sich einen „Verfassungspatriotismus“ für alle Südtiroler, wobei sich in diesem Zusammenhang ganz klar fragt, wer damit künftig alles als „Südtiroler“ bezeichnet werden kann. Wenn man die Autonomie-Entwicklung in drei Phasen einteilen will und die erste Phase den Kampf um die Autonomie und die zweite Phase den Ausbau dieser Autonomie charakterisiert, welche wird dann die dritte Phase sein? Diese Frage ist offen. Sie hängt ganz wesentlich davon ab, welchen Lauf die Politik in Südtirol nimmt. Wird jene Politiker-Generation in ihren Ämtern bestätigt, die sich dadurch auszeichnet, dass sie über keine Werte und Prinzipien mehr verfügt, sondern alles diskussions- und verhandlungsoffen ist, ist Südtirol in einigen Jahren italienische Provinz in einem gleichgeschalteten Europa. Wird sie hingegen durch eine Politik ersetzt, die auf die Südtiroler Eigenheit in Europa besteht, steht die dritte Phase für ein selbstbewusstes und eigenständiges Südtirol in einem „Europa der Völker“. Die Zukunft ist offen, es liegt an jedem Südtiroler selbst, zu entscheiden, wohin der Weg geht.

Grundlagen

Was ist das Charakteristische an Südtirol? Was macht dieses Land aus? Was macht Südtirol zu dem, was es ist? Das sind Fragen, die man in Zeiten wie den unsrigen nicht mehr klar beantworten kann. Das liegt einerseits an den großen Veränderungen, die nicht vor Südtirol halt machen. Spätestens seit den 70er-Jahren hat sich in der „westlichen“ Welt ein gesellschaftlicher Wertewandel vollzogen, der bis in die heutige Zeit hinein wirkt. In Zeiten zunehmenden Wohlstandes konnte man es sich ganz einfach leisten, sich verstärkt mit sich selbst und mit seiner persönlichen Selbstverwirklichung zu beschäftigen. Die globale Entwicklung mit Friedensbewegung, Vietnam-Krieg, Revolution in Kuba, Kulturrevolution in China und Umweltbelastung spielte eine bestimmte Rolle. Die damalige Generation wurde aber auch ganz wesentlich ideologisch indoktriniert. Einerseits durch den „Existenzialismus“ Jean-Paul Sartres, der Identität als Akt der persönlichen Selbstverwirklichung verstand. Andererseits durch die „Kritische Theorie“ des Frankfurter Instituts für Sozialforschung („Frankfurter Schule“), welches durch die alliierte „Umerziehung“ der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert wurde und einen Marxismus praktizierte, der die kapitalistische Gesellschaft radikal kritisierte und den Ausweg in der „Emanzipation“ der Gesellschaft aus allen sozialen Zwängen sah, sprich: Familie, Religion, Moral, Autoritäten, kulturelle Bindungen. Irgendwo war der Protest der damaligen Jugendbewegung wohl auch berechtigt, gab man einer vielleicht trügen Gesellschaft, die die Schrecken des Krieges miterlebt hatte, ja auch einen nachvollziehbaren „Ruck“. Auf der anderen Seite war aber niemand da, der für Ausgleich sorgen konnte. Jeder Nicht-Linke war ein potentieller „Nazi“ oder „Faschist“ und damit mundtot zu machen. Schlussendlich gipfelte die Rebellion nicht nur in der Außerparlamentarischen Opposition der RAF, sondern vor allem auch in dem so genannten „Marsch durch die Institutionen“ der 1968er, die Intelligenzberufe besetzten, also Bildungseinrichtungen, Medien, Ämter, Parteien.

In Südtirol kann man natürlich nicht behaupten, dass dieses Land „links“ wäre. Südtirol ist nicht links. Links ist aber zunehmend die Politik in Südtirol, angefangen bei der Kultur- und Gesellschaftspolitik. Diese Politik ist maßgeblich durch die 1968er-Ideologie geprägt. Ob in Schulen, Hochschulen, Kindergärten,

Ämtern, Redaktionsstuben oder in kulturellen Einrichtungen hat sich eine entsprechende Weltanschauung durchgesetzt, ohne dass diese auch nur ansatzweise der Meinung der Mehrheitsbevölkerung entsprechen würde. Während sich anderswo linke Parteien etabliert haben, verfügt Südtirol über keine pluralistische Politik-Landschaft, sondern über ein regelrechtes „System“, das nur noch für sich selbst und seinen Machtanspruch steht, mit massiven Konsequenzen für diejenigen, die sich nicht unterordnen. Persönlichkeiten, die sich im Grunde eigentlich linken Parteien angehörig fühlen, haben aus reinem Opportunismus in der Mehrheitspartei, auch in führender Position, ihren Platz gefunden. Seite an Seite mit denjenigen, die im Grunde eigentlich kultur- und gesellschaftspolitisch völlig andere Positionen vertreten, diese aber im Machtrausch hinten anstellen. Auf der anderen Seite geht in unserer Gesellschaft auch das Bewusstsein für Ideologie verloren. Man ist heute vielfach nicht mehr „links“ und auch nicht „rechts“ und weiß auch gar nicht mehr, was „links“ ist und was „rechts“. Man ist höchstens nur noch „Mitte“ und meint damit eine inhaltliche Beliebigkeit. Man entscheidet sich „von Fall zu Fall“. Dort hat es eine tonangebende Linke natürlich leicht, die Begriffe und die Inhalte vorzugeben, die eine „inhaltslose“ Mitte unhinterfragt durchnickt, selbst wenn diese Inhalte eindeutig links sind. Und wo Argumente nicht wirken, setzt man unbegründete „Nazi“-Keulen an. Nazi-Vorwürfe sind im Grunde Totschlagargumente, die – der Natur der Dinge entsprechend – nicht argumentativ begründet werden und damit auch nicht argumentativ entkräftet werden können. Wer sich also sicher sein will, für den gilt: Lieber einmal mehr „links“ sein, nur nicht anecken und nur nichts riskieren, nur nicht als „Nazi“ diffamiert werden. Fertig ist das Machtssystem.

Die Südtiroler Mehrheitspolitik geht damit einen Weg, den Volksparteien überall in Europa einschlagen. Die Politik orientiert sich überall nach links, ohne dass sich die Mehrheitsmeinung nach links verschoben hätte. Was sich ändert, ist nicht die öffentliche Meinung, sondern die „veröffentlichte“ und die Politik. Politiker und Parteien, die in Europa zur politischen Elite „dazugehören“ wollen, nähern ihre Positionen Schritt für Schritt einander an. Das liegt gerade auch an diesem Netz der Abhängigkeiten, in dem Regierungen, Parteien und Poli-

tiker stecken, und das längst keine eigenständigen Handlungen mehr zulassen würde, ohne in diesem Machtsystem plötzlich abseits und isoliert da zu stehen, wo natürlich niemand von denen stehen will, die irgendetwas zu verlieren haben, sei es Materielles, Geltung oder einen Ruf. Und weil man der Bevölkerung natürlich nicht offen zugestehen kann, dass man aufgrund dieser wechselseitigen Abhängigkeiten unter Umständen auch gegen die Interessen des eigenen Volkes handeln muss, ist man überall „alternativlos“ und zu fragwürdigen Entscheidungen scheinbar „gezwungen“. Wozu es eine Politik braucht, die sowieso „keine Wahl“ hat, beantwortet man natürlich nicht. Dass sich die Politik der Mitte in kultur- und gesellschaftspolitischen Angelegenheiten zunehmend links positioniert, steht dabei durchaus nicht im Widerspruch zur Wirtschaftspolitik, die diese Volksparteien im Normalfall betreiben. Indem Strukturen und regionale Unterschiede abgebaut werden, kommt das nämlich ganz klar einer global ausgerichteten Wirtschaft zugute, die über Regionen und Grenzen hinweg ihre Konzern-Politik verfolgt. Dazu bedient man sich europaweit der Liberalisierungs-Phrasen und beschwört die europäischen Grundfreiheiten, die an und für sich ja positive Errungenschaften wären, würden sich dahinter nicht Egalitarismus und Gleichschaltung verbergen. Und so kommt es, dass Südtirol anders als die Schweiz nicht etwa über eine Mehrheitspolitik verfügt, die auf den eigenen Sonderstatus beharrt, sondern die in Brüssel und Rom die Hosen herunterlässt. Derartige Nachlässigkeiten kann sich ein Land wie Südtirol eigentlich gar nicht leisten. Trotzdem gibt es auf Seiten der politischen Mehrheit in Südtirol heute keine wirkliche Südtirol-Politik mehr, der politische und gesellschaftliche „Kitt“ ist verlorengegangen. Unsere kulturelle Identität spielt nicht jene Rolle, die sie eigentlich spielen müsste, um als Land zukunftsfähig zu bleiben.

Dabei ist die Frage nach der eigenen Identität existenziell. Vielleicht wird das einem gerade dann bewusst, wenn man an einer Grenze wohnt. Mein Heimatort Salurn ist in mehrerlei Hinsicht Grenzort: Kulturell, ethnisch, sprachlich, administrativ, politisch. An einer Grenze wird viel deutlicher klar, dass eine Identität die eigene Existenz bedingt und dass sich mit der eigenen Identität gleichzeitig auch alles andere in Frage stellt. Identität ist dabei so etwas wie Klarheit und

Gewissheit der Verhältnisse. Identität schafft Vertrauen und Geborgenheit. Sie definiert die Mehrheitsverhältnisse. Sie ermöglicht dem Einzelnen und der Gesellschaft Rückhalt und Orientierung: Man identifiziert sich, man ist sich gegenseitig verpflichtet, man unterstützt sich. Das gilt insbesondere für Herkunftsbindungen. Sicherlich, Wahlbindungen ist eine bestimmte Freiwilligkeit zu eigen. Freiwilligkeit bedeutet aber auch Fraglichkeit und Abhängigkeit von den Umständen. Sicherheit gewähren nur Herkunftsbindungen, die wir nicht frei gewählt haben und die auch dann bestehen bleiben, wenn sich alles andere und frei gewählte in Frage stellt. Das sind vorzugsweise Familie, Dorf-, Sprach- und Kulturgemeinschaft. Der Soziologe Karl-Otto Hondrich stellt richtig fest: „Selbst wenn ganz neue Bindungen freier Wahl verfügbar wären, haben Herkunftsbindungen ihnen gegenüber den Qualitätsvorsprung des Schon-da-seins, des vor-gängigen, nicht-gewählten, nicht-wählbaren, aber deshalb auch nicht abwählbaren Zugehörigkeit“¹. Hondrich meint dabei nicht nur angeborene, sondern auch „gewachsene Herkunftsbindungen“, die sich als „unmerkliche Folge früherer Entscheidungen und laufender Umstände ergeben“. Sie bilden die Selbst-Sicherheit, die wir in dieser Welt brauchen, um uns frei zu entfalten, weil wir im Bewusstsein behalten, wo wir hingehören. Karl-Otto Hondrich hat recht, wenn er schreibt: „Es ist Übereinstimmung, die Kraft verleiht, und Übereinstimmung kommt zuallererst aus gemeinsamer Herkunft“².

Was macht eine Identität aus? Was macht lauter Einzelne zu einer gefühlten Gemeinschaft? Woran orientiert man sich vorrangig? Man orientiert sich an der eigenen Familie, am eigenen Ort, am eigenen Land, an der eigenen Sprache und Kultur. Gerade Letzteres, also Sprache und Kultur, ist nicht nebensächlich, sondern eigentlich essentiell. Was unterscheidet uns und macht uns – abgesehen von willkürlichen Staatsgrenzen und bürokratischen Dokumenten, beispielsweise einem Reisepass – aus, wenn nicht unsere sprachliche und kulturelle Identität? Was ordnet uns sonst in dieser Welt ein? Sprache und Kultur sind nicht beliebig, sondern sublimieren eine jahrhundertelange Entwicklung und einen Hergang. Auf Südtirol bezogen bleibt festzuhalten, dass die Bevölkerung dieses Landes sich heute zu 69.5% deutsch, zu 26% italienisch und zu 4.5% ladinisch bekennt.

¹⁺²Karl-Otto Hondrich: „Weniger sind mehr“, Campus-Verlag, 2007

Südtirol, eine gemischtsprachige Region? Ja und Nein. Die Volksgruppenverhältnisse sind zwar klar, Zahlen alleine sagen aber nur bedingt etwas über die Identität eines Landes aus. Aussagekräftiger ist schon die Geschichte dieses Landes, die erklärt, wieso Südtirol heute so ist, wie es ist. Dazu muss man gedanklich weit zurück in die Geschichte. Die erste Ethnie, die das heutige Südtirol besiedelte, waren die sogenannten „Räter“. Über sie ist nicht allzu viel bekannt. Um 15 v. Chr. expandierten die Römer nach Norden und eroberten nicht nur das heutige Südtirol, sondern den gesamten Alpenraum. Sicherlich haben die Römer dieses Land irgendwo geprägt, Strukturen geschaffen und Impulse gegeben. Der Einfluss der Römer auf das heutige Südtirol und auf die Bevölkerungsentwicklung dürfte aber weit geringer gewesen sein als in nördlicheren Gebieten, war das Land ja kaum bewohnt. Nach dem Zusammenbruch des Weströmischen Reiches 476 n. Chr. zogen sich viele Römer zurück. Die prägende Phase begann erst mit der germanischen Siedlungsgeschichte ab dem 6. Jahrhundert.

In ganz Südtirol machten sich bajuwarische und vereinzelt alemannische Siedler breit. Der Volkskundler Otto Stolz schreibt zu diesen Siedlern: „Sie prägten ihr Land, indem sie Wälder rodeten, Sümpfe trocken legten und Höfe, Ortschaften und Festungen entstehen ließen. Die steilen Berghänge durchsiedelten sie mit Höfen und schufen überall den nötigen Raum, um deutsche Siedler nachströmen zu lassen und um die eigene Bevölkerung zu vergrößern“³. Südlich davon siedelten sich die ebenfalls germanischen Langobarden an. Es kommt dabei nicht von ungefähr, dass sich die Sprach- und Kulturgrenze bei Salurn einpendelte. Wegen der im Süden viel stärkeren romanischen Bevölkerung gelang es den Langobarden nicht, kulturell die Oberhand zu gewinnen: Sie passten sich allmählich an die Umgangsformen der romanischen Unterschicht an und konnten damit nicht in ähnlicher Art und Weise ihr Land prägen, wie man es weiter nördlich auf bajuwarischer und alemannischer Seite zustande brachte. Lag die Sprachgrenze im Mittelalter noch bei Trient, wurde sie im 18. Jahrhundert nach Norden bis an die Salurner Klause verschoben. Dass sie sich nach Salurn verschob, liegt vor allem auch daran, dass Salurn für die Grafen von Tirol eine besondere Bedeutung hatte. Der Namensforscher Karl Finsterwalder schreibt dazu: „An diesem Gebiet,

12 ³ Otto Stolz: „Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol im Lichte der Urkunden“, Nachdruck Athesia, 1975

das von 1284 wieder in unmittelbarer Verwaltung der Grafen von Tirol steht, ist die Durchsiedlung seiner steilen Berghänge mit Bauernhöfen in einer Dichte, die, wie sich auf die Dauer zeigte, sogar über die Aufnahme- und Anbaufähigkeit dieses Bodens weit hinaus ging geradezu auffällig. Vielleicht wird diese Erscheinung durch territorialfürstliche Ziele verständlich, wenn wir wissen, dass Salurn damals der südlichste Tiroler Machtbereich war, ein Besitzkern, der jetzt noch inselartig umschlossen war von anderem Territorium, der aber für die Zukunft sich kräftig erweisen und ausdehnen sollte und deshalb im Inneren besonders lebenskräftig gemacht werden musste⁴. In Salurn war das Deutschtum von Anfang an fest verwurzelt.

Es geht hier nicht um Blut und Boden. Es geht um die Frage nach der Identität eines Landes, nach den Wurzeln und nach der Substanz, weil das die Kräfte sind, die auch auf das Leben und das Bewusstsein der Menschen einwirken. Es geht um eine Erklärung dafür, weshalb sich die Sprach- und Kulturgrenze später bei Salurn eingependelt hat und wie es damit auch zu einer administrativen und politischen Grenze kommen konnte. In Salurn endet „irgendetwas“. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, dass das Gebiet südlich von Salurn nicht auch seinen wichtigen Beitrag zur Tiroler Landeseinheit geleistet hätte. Das Tiroler Landesbewusstsein war auf Welschtiroler Seite aber immer auch eine Orientierung nach Norden und auch zur deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft hin, auch wenn man die deutsche Sprache vielfach nicht selbst beherrschte und auch nicht verstand. Es wäre vermessen, zu behaupten, das alte Tirol sei einfach nur so ein „multikulturelles“ Gebiet gewesen. Die Kultur war nicht italienisch, auch nicht im italienischsprachigen Welschtirol. Es gilt sich vor Augen zu halten, wie die Identität eines Landes entsteht. Ein Land wird grundsätzlich durch verschiedene Prozesse zu dem gemacht, was es ist⁵. Land wird benannt: Ein anonymes Land wird zu einem präzisen Ort. Land wird begrenzt: Es wird zum spezifischen „Eigentum“. Land wird transformiert: Aus unbändigen Naturlandschaften entwickeln sich landwirtschaftlich nutzbare Kulturlandschaften. Land wird strukturiert: Es bilden sich Dörfer, Städte, Regionen. Land „kommuniziert“: Es orientiert sich geographisch, kulturell, politisch. Man muss sich die Struktur die-

⁴ Karl Finsterwalder: „Namenskundlicher Beitrag zur Siedlungsgeschichte Salurns“ in „Die Flur- und Ortsnamen vo n Salurn“ (Veröffentlichungen des Museum Ferdinandeaum, 1938)

⁵ Bruno Zanon: „Territorio, ambiente, città. Temi, esperienze e strumenti dell’urbanistica contemporanea“, Alinea, 2008

ses Landes genauer anschauen: Die Höfekultur, die Orts- und Flurnamen, die Kulturlandschaft, die Dörfer, die Traditionen, die Geschichte, die Orientierung – das alles macht die Identität Südtirols und Tirols aus. Und diese Identität ist nicht italienisch, war es auch nie und wird es auf absehbare Zeit auch nicht sein. Auch, wenn sich im Inneren der Südtiroler langsam etwas verändert und eine Sozialisation mit Italien deutlich erkennbar wird.

Tirolerisch oder deutsch? Das sind alles keine Gegensätze. Es waren die Grafen von Tirol, ein bayrisches Adelsgeschlecht, die dieses Land schrittweise unter eigene Herrschaft brachten und zu dem machten, was es heute ist. Die Tiroler Grafen waren die wichtigsten Schutzhüter der Bischöfe von Brixen und Trient. Das Jahr 1248 gilt dabei irgendwo auch als „Geburtsstunde“ Tirols, weil das gesamte Land damit im Wesentlichen unter einheitlicher Tiroler Herrschaft stand und man erstmals von „Tirol“ sprach. Nachdem die Tiroler ohne männliche Nachkommen waren, ging das Land 1363 an die Habsburger und damit dem Hause Österreich überlassen, wofür vor allem auch strategische Gründe auf beiden Seiten sprachen. Tirol war mit seinen Alpenpässen seit jeher strategisch wichtig. Dies veranlasste die Landesfürsten, den Tirolerinnen und Tirolern besondere Freiheitsrechte zuzugestehen: Der Tiroler Bauer war seit Mainhard II. (1238 – 1295) ein freier und mündiger Mann. Tirol verfügte seit dem „Freiheitsbrief“ von 1342 über eine Art Ständedemokratie. Das „Landlibell“ von 1511 verpflichtete die Tiroler, ihr Land selbst zu verteidigen und verschonte sie vor Kriegseinsätzen außerhalb Tirols. Über Jahrhunderte hinweg gehörten Tirol und Österreich zum „Heiligen Römischen Reich“, dem man später den Zusatz „Deutscher Nation“ hinzufügte, als dieses Reich im Wesentlichen nur noch auf seine deutschen Länder und seinen deutschen Rest beschränkt war. Während sich Frankreich und England zu mächtigen Zentralstaaten entwickelten, wurden die Deutschen im von Kleinstaaten zersplitterten Heiligen Römischen Reich zu „Deutschen“, in dem sie sich auf das Verbindende konzentrierten, nämlich ihre gemeinsame Sprache und Kultur. Die Vormacht in diesem Reich hatten vorwiegend die Habsburger inne. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation bestand bis zur Niederlegung der Reichskrone durch den Habsburger Kaiser Franz

II. im Jahr 1806. Seit 1804 bestand das Kaisertum Österreich als Vielvölkerstaat. Als Österreich wurde jedoch bloß der Staat, in dem man lebte, bezeichnet. Ihre Identität leiteten die Bewohner Österreichs weiterhin von ihrer Sprache und Kultur ab. Man war weiterhin Pole, Tscheche, Italiener, Ladiner, Slowene, Kroate, Serbe, Slowake oder eben Deutscher.

Es war nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie weitgehend breiter Konsens in Österreich, dass man sich als „deutsch“ verstand, vielleicht auch als die „besseren“ Deutschen. Nahezu alle politischen Kräfte in Österreich strebten nach Beendigung des Ersten Weltkrieges die Vereinigung mit Deutschland an, was durch die Siegermächte verhindert wurde. Insbesondere befürwortete die österreichische Sozialdemokratie den Anschluss, weil sie „Österreich“ als Relikt der Habsburgermonarchie überwinden wollte und einen Staat anstrebte, der zusammenschloss, was durch Sprache und Kultur scheinbar zusammengehörte. Ausschließlich vereinzelte, monarchistische und kommunistische Kreise stellten eine „österreichische Nation“ in den Raum. Freilich bleibt als Hypothek, dass der Anschluss 1938 unter den denkbar ungünstigsten Umständen realisiert wurde, nämlich als Teil eines totalitären Regimes. Es ist aber falsch, zu glauben, dass Österreich über Nacht Teil einer Diktatur wurde. Bereits 1933 wurde das österreichische Parlament durch die christlich-sozialen Austrofaschisten ausgeschaltet. Die Austrofaschisten konkurrierten dabei mit den Nationalsozialisten um die Gunst der italienischen Faschisten, die sich schlussendlich für Letztere entschieden. Südtirol konnte aus diesem „Konkurrenzkampf“ nur als Verlierer hervorgehen. 1938 „wanderte“ Österreich von der einen Diktatur in die nächste. Die anfängliche Euphorie über den „Anschluss“ an Deutschland, dem breite Bevölkerungsschichten zugestimmt hatten, entwickelte sich dabei sehr bald schon zu einer dramatischen Ernüchterung. Und so war der Bezug auf die „österreichische Nation“ nach der „bedingungslosen Kapitulation“ von 1945 vor allem auch die Flucht aus der gesamtdeutschen Verantwortung in die Opferrolle, um Österreich als „erstes Opfer“ Hitlers darzustellen und um selbst daraus zu profitieren. Heute wird jeder Bezug auf das Deutsche durch Nazi-Keulen niedergeschmettert. Die Gefahr ist groß, dass das mit dem Deutschen nicht vielleicht

doch logisch klingen könnte. Deshalb werden die „Keulen“ notwendig. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatten es italienische Nationalisten auf das weitgehend deutsche Südtirol abgesehen. Italien konnte keine Ansprüche auf den Süden Tirols erheben. Also musste man solche regelrecht erfinden. Man stützte sich auf italienischer Seite auf geographische Theorien, auf das „Imperum Romanum“, auf statistische, historische, volkskundliche, kulturelle Fälschungen, auf die Erfindung von Orts- und Familiennamen, auf pseudowissenschaftliche Studien⁶. Am Ende setzte sich Machtpolitik durch. Das Selbstbestimmungsrecht sollte für die Südtiroler wie für andere Volksgruppen Österreichs und Deutschlands nicht gelten. Auch Italien, das seinen Gründungsmythos selbst auf das Selbstbestimmungsrecht bezieht, wollte von der Selbstbestimmung für Südtirol nicht viel wissen. Südtirol wurde 1919 annexiert. Die in Südtirol kurz nach Beendigung des Ersten Weltkrieges ausgerufene „Republik Südtirol“ wurde übergangen. Das Königreich Italien gewährte den Südtirolern keine Autonomie. Mit der faschistischen Machtergreifung 1922 setzte sich die Entnationalisierungspolitik der Südtiroler durch. Südtirol wurde aufgelöst. Alles Deutsche und Ladinische wurde verboten. Die staatlich organisierte Massenzuwanderung sollte die Südtiroler italianisieren. Als der gewünschte Erfolg nicht eintrat, heckte man 1939 mit Nazi-Deutschland das Umsiedlungsabkommen („Option“) aus, die Südtiroler spalteten sich in „Dableiber“ und „Optanten“. Letztere bildeten die Mehrheit. Erst mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sollte die Option gestoppt werden. Mit dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht 1943 wurde die Italianisierungspolitik beendet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Südtirol erneut das Selbstbestimmungsrecht verwehrt, den Südtirolern eine Autonomie gewährt, die man auf italienischer Seite nicht anzuwenden gedachte. Erst mit den Anschlägen der Südtirol-Aktivisten 1961 erfolgten internationale Verhandlungen, welche in das Zweite Autonomiestatut 1972 mündeten. Die durch die SVP bewirkte, umstrittene, Streitbeilegungserklärung sollte die Südtirol-Verhandlungen 1992 formell beenden. Trotz Jahrzehntelanger Zugehörigkeit zu Italien konnte diese Zugehörigkeit substanzial nichts an der kulturellen Identität Südtirols ändern, es steht heute aber sehr wohl das Bewusstsein der Südtiroler auf dem Spiel.

16 ⁶Walter Freiberg: „Südtirol und der italienische Nationalismus“, Universitätsverlag Wagner, 1989

Bis in die 1980er Jahre war es wahrscheinlich allen Südtirolern klar, dass sie Deutsche und Ladiner sind und nur so lange ihre Autonomie bewahren, wie sie sich gegenüber Italien abgrenzen. Vielleicht gehört es zu den „Erfolgen“ der Südtirol-Autonomie, dass eine Generation heranwuchs, die in Zeiten zunehmenden Wohlstandes alles für „selbstverständlich“ erachtete. Südtirol entwickelte sich zur europäischen Vorzeige-Region mit beachtlichen Kompetenzen und einem beachtlichen Landeshaushalt. Die politische Gleichschaltung der Südtiroler, die neben der Parteistruktur auf Orts-, Bezirks- und Landesebene auch Medien, Vereine und Verbände, Interessensvertretungen, Verwaltung, öffentliche und halböffentliche Unternehmen und ganze Wirtschaftszweige umfasste, bewirkte fast schon eine Gleichstellung der Partei mit dem Land. Politischen Alternativen überließ man keinen Raum. Als Oppositioneller war man ein „Abtrünniger“ und potentieller „Gefährder“ des Zusammenlebens in Südtirol. Gegen die politische Opposition wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt. Ohne politische Konkurrenz ist allerdings auch kein freies Zusammenspiel von Regierung und Opposition denkbar, damit auch keine echte Dynamik und kein Wettbewerb um die bessere Idee. Südtirol war lange Zeit ein demokratiepolitisches Notstandsgebiet und entwickelte sich zum regelrechten „System“, bei dem alle wesentlichen Stellen gleichgeschaltet sind und es kaum echte Widersprüche gibt. Klar gibt es in Südtirol die Möglichkeit zum Anderssein. Südtirol ist natürlich ein demokratisches Land. Wenn aber niemand von der Möglichkeit des Andersseins Gebrauch machen will, weil er damit vielleicht persönlich etwas riskiert, kann es um die Meinungs- und Handlungsfreiheit nicht so gut bestellt sein, wie man uns oft vormachen will. Freiheit braucht Mutige, die von ihr Gebrauch machen wollen und das ohne größere Risiken auch tun können.

In Südtirol ist mangels Dynamik um die bessere Idee das Verbindende und Übergeordnete verloren gegangen. Alles ist erstarrt und festgefahren, insbesondere bei den großen Fragen, die die Zukunft unseres Landes betreffen. Wieso wir eine Autonomie haben und was ihre unverzichtbaren Grundlagen sind, ist heute alles andere als klar. Man klammert sich in diesem Sinndefizit höchstens noch an längst überkommene Strukturen, ohne diese auch wirklich zu hinterfragen

und im Bewusstsein zu behalten. Man verrennt sich freilich schnell, wenn man sich nicht mehr im Bewusstsein behält, was die Grundlagen und Ursachen sind und was die Folgen. Kommen die Grundlagen abhanden, wird auch alles andere fraglich. Heute ist es doch so: Wie will man überhaupt noch erfolgreich unsere Autonomie verteidigen, wenn auf der anderen Seite nicht mehr klar ist, wieso wir diese Autonomie haben? Wie will man eine ethnische Autonomie rechtfertigen, wenn man sich schrittweise von ihrem ethnischen Charakter distanziert und nur noch „territorial“ auslegen will, so als ob das Volk einfach austauschbar wäre? Wie will man sich überhaupt noch erfolgreich als Deutsche, Italiener und Ladiner erklären, wenn diese Begriffe ständig in Frage gestellt werden, vor allem durch eigene Nachlässigkeiten? Wir nehmen heute doch alle eine zunehmende Entfremdung unserer Gesellschaft wahr, vorangetrieben durch Individualisierung und Vereinzelung. Lauter Einzelne werden sich zunehmend fremd, sind nur noch mit sich selbst und ihrer eigenen Selbstverwirklichung beschäftigt, wissen nicht mehr, was das Wesentliche ist, was eigentlich über persönlichen Wertsetzungen stehen müsste und stellen dieses Wesentliche mitunter arg in Frage. Auf der anderen Seite stoßen wir gerade in einer globalisierten Welt auf Menschen fremder Kulturreiche, die nicht im Entferntesten bereit sind, ihre kulturelle Identität abzustreifen und sich unseren individualisierten Wertvorstellungen einzuordnen, sondern die die Interessen ihres Volks durchsetzen.

Letztlich ist es doch so wie bei Carl Schmitt: „Dadurch, dass ein Volk nicht mehr die Kraft oder den Willen hat, sich in der Sphäre des Politischen zu halten, verschwindet das Politische nicht aus der Welt. Es verschwindet nur ein schwaches Volk.“⁷ Es geht um Identität. Identität ist nicht nur eine soziale und kulturelle, sondern vor allem auch eine politische Angelegenheit. Indem ich politisch handle, wirke und entscheide, wird eine soziale oder kulturelle Identität relevant und spürbar und auch effektiv. Identität ist damit nicht mehr nur ein leerer Begriff, sondern ein politischer Faktor. Sie ist existenziell und wesentlich. Das Wesentliche ist doch: Dass wir auch im 21. Jahrhundert als Volk bestehen und weiterbestehen und Deutsche und Ladiner bleiben wollen. Dass wir der Überzeugung sind und bleiben, dass die Geborgenheit in Familie, Volk und Heimat

18 ⁷ Carl Schmitt: „Der Begriff des Politischen“, Duncker & Humblot, Nachdruck 1996

für die Menschen immer noch wichtig und wesentlich ist. Letztlich: Dass wir uns mit einem Staatswesen auch identifizieren (können) wollen. Ein Volk bleibt so lange „Volk“, wie es sich politisch äußern kann und äußern will. Es geht darum, als Volk oder als Volksgruppe handlungsfähig und wahrnehmbar zu bleiben. Dazu gehört die Organisation in einem Staatswesen. Staatspolitik ist letzten Endes die konkrete und entscheidende Ebene. Der Staat ist die Grundlage unserer Demokratie, unseres Rechts und unserer Freiheit. Indem ein Volk sich staatlich organisiert und sich eine Verfassung gibt, klärt es ab, wer zum „Staatsvolk“ gehört, es grenzt ein Staatsgebiet ab und übt die Staatsgewalt aus. Es geht dabei um den Inbegriff von politischer Souveränität. Souveränität ist die Grundlage für politische Gestaltungskraft. Politische Identität und kulturelle Identität stehen dabei nicht im Widerspruch, sondern bedingen sich gegenseitig und stehen in einem wechselhaften Verhältnis zueinander. Auf der Grundlage einer politischen Identität besteht genügend Handlungsspielraum für kulturelle Identität und Entfaltung.

Die kulturelle Identität ist in Südtirol tirolerisch und damit deutsch und ladinisch. Eine italienische Identität gibt es – wenn überhaupt –, nur punktuell und im städtischen Bereich. Das alles wird heute allerdings mehr und mehr in Frage gestellt. Indem sich die Begriffe „Volk“ und „Nation“ auflösen und eine kulturelle Entwurzelung beginnt, vollzieht sich letztlich eine Identifikation mit Italien. Italien ist als Staat nämlich ein Faktum. Wenn alle anderen Identifikations-Instanzen in Frage gestellt werden, bleibt am Ende nur die staatliche übrig. Langfristig gesehen steht der Status als nationale Minderheit und als Volksgruppe auf dem Spiel. Ebenso unsere Autonomie. Und auf dem Spiel steht auch das Selbstbestimmungsrecht, weil ein solches nur die deutsche und ladinische Volksgruppe in Anspruch stellen kann. Die Erosion unserer Identität wird heute vor allem auch unter Verweis auf eine „europäische“ Identität vorangetrieben. „Europa“ ist dabei ein netter Begriff. Gleichzeitig ist der Begriff „Europa“ aber auch ziemlich nichtssagend. Was „Europa“ ist, ist alles andere als klar. Was ist Europa, wenn nicht die Summe seiner Völker und Nationen auf der Grundlage einer gemeinsamen Idee? Eine europäische Identität kann diese Identität als Englän-

der, Franzosen, Deutsche, Italiener, Flamen, Spanier, Basken, Polen, Tschechen nicht ersetzen, ihnen höchstens einen gemeinsamen Nenner geben. Europa ist ein Kontinent, kein Vaterland. Das wissen in Europa natürlich alle – bis auf die Deutschen, denen man den Nationalstolz gezielt austreibt. Vielleicht beschränkt sich dieses Anhängen an einer europäischen Identität unter Verleugnung der deutschen aber auch nur auf eine intellektuelle „Elite“ der Deutschen, die natürlich meinungsgebend und bewusstseinsbildend ist. Nahezu alle anderen europäischen Völker verspüren in Bezug auf die eigene Identität, Geschichte, Kultur noch so etwas, wie „Stolz“ und denken nicht im Entferntesten daran, ihre Identität aufzugeben und an Europa zu delegieren. Ganz im Gegenteil. Am Ende setzen sich dabei natürlich jene Völker durch, die wissen, dass Identität wesentlich ist und wesentlich bleibt und es stellen sich jene Völker offen in Frage, die ihr Dasein zugunsten einer nichtssagenden europäischen Identität aufgeben. Es wird deshalb objektiv betrachtet nichts aus einem Europa, das die europäischen Staaten und Völker ersetzen würde.

Gegen die Relativierung unserer kulturellen Identität gilt es offen vorzugehen. Früher oder später folgt auf die Dekonstruktion unserer Identität nämlich die Dekonstruktion des Politischen und unserer politischen Souveränität. Auf dem Spiel steht unsere Autonomie, die ein Provisorium ist, es auch immer war. Es gilt deshalb die Sache mit umgekehrten Vorzeichen anzugehen, es geht um die Trendumkehr. Wir beschränken uns auf Südtirol, weil wir natürlich nicht die Welt retten können und es vorerst um Verantwortung im Kleinen geht. Neben der kulturellen Identität muss sich in Südtirol so etwas wie eine politische Identität und ein Staats-Bewusstsein ausbilden. Bei Wahrung der geistigen und kulturellen Grundlagen Südtirols muss es doch möglich sein, eine gemeinsame Vision für ein eigenständiges Südtirol zu entwickeln, in das auch die Italiener einbezogen werden. Ganz egal, unter welchen Umständen und historischen Vorzeichen die Italiener ins Land gekommen sind: Man kann ihnen das nicht zum Vorwurf machen. Auch die Italiener im Land haben ein Heimatrecht und gehören zu diesem Land dazu. Sicherlich bezieht sich das Selbstbestimmungsrecht auf die deutsche und ladinische Volksgruppe, es umfasst damit aber auch Südtirol als

Ganzes. Und zu diesem Südtirol gehören die Italiener. Letztlich kann es keine realistische Zukunftsperspektive ohne die italienische Volksgruppe geben, es sei denn, es bleibt bei reinen Ankündigungen ohne Aussicht auf Realisierung. Es geht dabei letztlich um ein eigenständiges Südtirol als ein Ziel, mit dem sich alle drei Volksgruppen abfinden und anfreunden können, wenn sie es nur wollen. Ein solches Südtirol bildet die Grundlage, auf der sich Deutsche, Italiener und Ladiner frei entfalten können. In unserer heutigen Zeit geht es also vorerst darum, eine politische Identität zu festigen, die die Grundlage für unsere kulturelle Entfaltung bildet. Wir und nur wir selbst bestimmen unser eigenes Schicksal. Unsere Zukunft gilt es mit Selbstsicherheit und Selbstbewusstsein anzugehen. Wir haben Recht und Rechtmäßigkeit auf unserer Seite. Wenn es uns gelingt, die Mehrheit dieses Landes für eine Eigenstaatlichkeit zu gewinnen und wenn auch die italienische Volksgruppe prinzipiell nichts dagegen haben kann: Wer soll uns schon im Wege stehen?

Ein eigenständiges Südtirol: Ist das nicht eine reizvolle Idee? Brauchen wir nicht gemeinsame Ideen, um uns mit Südtirol identifizieren zu können? Ist es nicht Identifikation, die notwendig ist, um mit Überzeugung für dieses Land einzutreten? Die heutige Autonomie ist keine nachhaltige Lösung, sie war auch nie dazu gedacht. Sie war immer nur eine „Teillösung“ auf dem Weg zu einer weiterreichenden Perspektive für dieses Land. In ihrer heutigen Form ist diese Autonomie deshalb unvollständig und unfertig. Und so kommt es, dass man in Südtirol aneinander vorbei lebt, weil es das Verbindende nicht gibt. Es gibt kein klares Bekenntnis zu diesem Land. Für die einen ist Südtirol „italienische“ Provinz. Für die anderen ist Südtirol eine historische Fehlgeburt, was irgendwo ja auch stimmt. Nichtsdestotrotz gilt es sich mit dieser Realität abzufinden, sie als Ausgangspunkt wahrzunehmen und weiter zu denken. In Südtirol ist eine Lösung gefragt, die nachhaltig und dauerhaft ist und an die auch die Menschen in Südtirol glauben. Das kann man von dieser Autonomie nicht behaupten, die aus einer Abwehrhaltung gegenüber Italien konzipiert ist. Südtirol benötigt positive Emotionen und Impulse. Gefragt ist der Glaube an die eigenen Möglichkeiten, an die eigene Zukunftsfähigkeit, an die eigene politische Handlungsfähigkeit.

Es geht um das gemeinsame Bewusstsein und um den gemeinsamen Willen als Grundlage für die eigene Zukunft. Eine Nation ist bekanntlich das, was eine Nation sein will, insofern es um eine Willens- oder Staatsnation geht. Eine Südtiroler Staatlichkeit steht dabei nicht im Widerspruch zur kulturellen Zugehörigkeit der drei Volksgruppen zur deutschen, zur italienischen und zur ladinischen Kultur-Nation, bestes Beispiel ist die Schweiz. Sie ist sehr wohl aber Voraussetzung dafür, dass alle drei Volksgruppen ihre Identität frei ausleben können und zwar auf Augenhöhe und langfristig, ohne mit einem übermächtigen Nationalstaat konfrontiert zu werden. Auf der Grundlage dieser kulturellen Identität bildet sich eine politische Identität und umgekehrt.

Es ist Nonsense, zu glauben, dass sich ohne gemeinsames Bewusstsein für Land und Leute etwas Zukunftsfähiges entwickeln kann. Es sind gemeinsame Ziele und Perspektiven notwendig und unabdingbar. Alles andere dient höchstens dazu, aneinander vorbei zu leben, mit der Gefahr, keine Lösung herbei zu wirken und schlussendlich alles aufs Spiel zu setzen. Das Autonomiestatut als derzeitige „Verfassung“ unserer Provinz ist langfristig gesehen zu wenig, um Südtirol dauerhaft als solches zu erhalten. Dieses Autonomiestatut ist höchstens nur noch „Relikt“ vergangener Zeiten, wird zumindest immer öfters als solches wahrgenommen und ist einer unglaublichen „Modernisierungswut“ ausgesetzt, die vor allem auch Grundlagen in Frage stellt. Eine solche „Verfassung“, wie sie die Autonomie ist, ist nicht dauerhaft, weil ihr die vorpolitischen Grundlagen heute ganz deutlich fehlen. Es gilt in besonderem Maße das, was Ernst-Wolfgang Böckenförde so prägend formuliert hat: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“. Ein Staatswesen muss sich, um nachhaltig zu funktionieren, auf gemeinsame vorpolitische Grundlagen stützen. Die vorpolitischen Grundlagen unserer Südtirol-Autonomie sind wenn schon ethnischer Natur. Worin werden sie bestehen, wenn der ethnische Charakter unserer Autonomie mehr und mehr in Frage gestellt wird, so wie heute in Südtirol ganz deutlich beabsichtigt? Für jede Gemeinschaft sind gemeinsame kulturelle Grundlagen notwendig. Deshalb funktioniert eine „multikulturelle“ Gesellschaft auf Dauer nicht, in der sich jede Bevölkerungsgruppe eigene Werte

setzt. Eine Verfassung alleine regelt noch kein Zusammenleben, zumindest nicht dauerhaft. Eine Verfassung ist nämlich eine sehr abstrakte Angelegenheit. Für ein Gemeinwesen sind Verfassungen langfristig betrachtet zu wenig, um eine Sozialisation zu fördern und zu fordern. Es bedarf Voraussetzungen, nämlich eines gemeinsamen Bewusstseins, das ein Gemeinsamkeitsgefühl schafft und gemeinsame Handlungen legitimiert, um politische Souveränität in Anspruch zu stellen und durchzusetzen. Erst dann kommt eine Verfassung, für die das gilt, was Felix Ermacora so treffend auf den Punkt gebracht hat: „Wichtig ist es, dass eine Staatsverfassung auch tatsächlich lebt, dass sich die Menschen mit ihr identifizieren können. Sie sollen sich in Südtirol mehr identifizieren können als mit dem derzeitigen Autonomiestatut und der italienischen Verfassung“⁸. Kann man das von dieser Autonomie behaupten?

Politik ist dazu da, um dem Lauf der Dinge eine Richtung zuzuweisen. Dazu muss die Politik zuallererst einmal souverän sein. Freiheit und Souveränität bedingen sich gegenseitig. Der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider hat recht: „Wer frei ist, ist souverän“⁹. Politisch handeln und entscheiden kann grundsätzlich nur, wer frei ist und wer frei bleibt. An der realen Möglichkeit, Entscheidungen eigenständig und eigenverantwortlich zu treffen, ist jede Politik im freiheitlichen Sinne zu messen. Das bezieht sich zuerst auf den Einzelnen und dann auf die Gemeinschaft der Einzelnen, auf das Volk. Es geht letztlich darum, die Interessen des eigenen Volkes zu wahren und zu verteidigen und durchzusetzen. Letztendlich gilt es in der Politik und bei der Bewertung ihrer Handlungsmöglichkeiten aber auf jeden Fall realistisch zu bleiben. Es sind in der Politik von heute mit ihren Mechanismen und Zusammenhängen nie Maximallösungen denkbar. Realistisch sind höchstens Minimalziele, die es zu verwirklichen gilt. Ganze politische Bewegungen gehen daran zugrunde, dass man sich „zu viel“ von ihnen erwartet. Realistisch bleiben bedeutet, anerkennen, dass in der Politik von heute kein „ganz großer Wurf“ möglich ist. Eine jede Partei muss im Zuge einer Koalitionsbildung schon einmal auf einen Teil ihrer Wahlversprechen verzichten. Was vom Rest übrig bleibt, geht zu einem guten Teil in der Realpolitik verloren. Übrig bleiben Minimalziele. Das soll natürlich nicht

⁸ Felix Ermacora: „Verfassungsmodell für einen europäischen Freistaat Südtirol“ in „Südtirol Weg in die Zukunft“, Europa-Union Tirol, 1985

⁹ Karl Albrecht Schachtschneider: „Die Souveränität Deutschlands: Souverän ist, wer frei ist“, Kopp-Verlag, 2012

bedeuten, dass die Politik heute wirkungslos und ohnmächtig sei. Es geht aber um einen realistischen Zugang zur Politik und um „Realpolitik“, auch wenn dieser Begriff vielfach missbraucht wird und heute höchstens noch faule Kompro misse bezeichnet. Echte „Realpolitik“ orientiert sich immer an Prinzipien und Idealen, macht aber jede politische Haltung davon abhängig, inwiefern sie sich in die Realität umsetzen lassen. „Perfekte“ Lösungen gibt es dabei nicht. Es bleibt nur der stete Einsatz für unsere Interessen übrig sowie der politische Kampf um eine bessere Zukunft. Zum ständigen Einsatz und Ringen um bessere Lösungen gibt es keine Alternativen.

Realistisch bleiben bedeutet vor allem auch, sich im Bewusstsein behalten, dass Politik als Parteipolitik und parlamentarische Politik „nur“ das letzte Glied einer langen Kette ist. Sie nimmt dabei zwar natürlich eine Vorbildwirkung ein und verfügt über bestimmte Handlungsmöglichkeiten. Eine Wertehaltung ist auch nur dann „echt“, wenn sie politisch wird und sich in Wahlergebnissen abzeichnet. Die Rolle parlamentarischer Politik darf aber nicht überbewertet werden. Die Politik beginnt nämlich weit vorher. Der so genannte „Kulturkampf“ beginnt in unserem unmittelbaren Umfeld: In der Familie, im Verein, im Ort, in der öffentlich-medialen Debatte, im Kleinen. Überall dort, wo sich gesellschaftliche Dinge abspielen. Dort hat ein jeder Einzelne von uns erst einmal seine ganz spezifische Verantwortung für das Ganze zu übernehmen. Dort kommt es darauf an, dass Einzelne aus dem Hintergrund hervortreten und „da“ sind, wenn es darauf ankommt. Es nutzt nämlich alles Klagen über Politik und Politiker nicht viel, wenn es dann nicht Einzelne gibt, die bereit sind, in ihrem unmittelbaren Umfeld zu wirken, indem sie Verpflichtungen auf sich nehmen und im Rahmen ihres Möglichen wirken und zeigen, dass sie es „besser“ können. Was sich im Kleinen erfolgreich bewährt, kann dabei auch den Anspruch erheben, auf das Große ausgelegt und flächendeckend umgesetzt zu werden, wenn es denn nur durch eine entsprechende Politik anerkannt und übernommen wird¹⁰. Es geht dabei um das Wesentliche: Dass wir auch im 21. Jahrhundert als Volk bestehen und weiterbestehen und Deutsche und Ladiner bleiben wollen. Dass wir der Überzeugung sind und bleiben, dass die Geborgenheit in Familie, Volk und Hei-

mat für die Menschen immer noch wichtig und wesentlich ist. Letztlich: Dass wir uns mit einem Staatswesen auch identifizieren (können) wollen. Es geht um die Grundlagen für eine Trendumkehr.

Wir erleben heute insbesondere auch einen unglaublichen Souveränitätsverlust der europäischen Völker und Staaten durch die „Europäische Union“, also einen Souveränitätsverlust von außen. Es vollzieht sich ein EU-Zentralismus, bei dem von Brüssel aus Entscheidungen durchgesetzt werden, die in keinem einzigen Mitgliedsland mehrheitsfähig wären. Die Bevölkerung wird aus allen Entscheidungen von Belang ausgeschlossen. Die EU entwickelt sich entgegen ihrer eigentlichen Intention zur Haftungs-, Transfer- und Schulden-Union und ist höchstens nur noch ein „Europa der Banken und Konzerne“. Überall ist man auf politischer Seite „alternativlos“ und zu fragwürdigen Entscheidungen scheinbar „gezwungen“. Auf der anderen Seite ist diese EU ohne gemeinsames Wertefundament keine emotionale Angelegenheit und auch keine Frage des Herzens, sondern nimmt offen ideologische Züge an. Brüssel ist weit weg von den Lebenswelten der Menschen. Auch ein „Europa der Regionen“ würde kaum etwas daran ändern. Es macht nämlich absolut keinen Unterschied, ob nun Regionen oder Staaten in Brüssel zusammenkommen, insofern die Politik und die Mehrheitsverhältnisse die gleichen bleiben. Gewinner sind bei dieser Zentralisierung nicht die Regionen, sondern die internationalen Banken und Konzerne, die über Staatsgrenzen und Verwaltungsgrenzen hinweg ihre Politik durchsetzen können. Südtirol würde in einem nichtssagenden „Europa der Regionen“, das von Brüssel aus gesteuert wird, nicht gewinnen. Im Grunde sind Regionen auch nur als Verwaltungseinheiten und als Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit gedacht. Mit einem föderalen „Europa der Völker“, das nur das auf die jeweils höhere Ebene delegiert, was nicht alleine bewältigt werden kann, hat das alles nicht viel zu tun. Wenn Südtirol seinen Beitrag zu einem „Europa der Völker“ leisten will, muss es zuallererst einmal unabhängig werden und seine staatliche Souveränität im Zweifelsfall auch gegen die EU und ihren Zentralismus durchsetzen.

Ein Land, das unabhängig sein will, hat seine Unabhängigkeit nach außen und

nach innen hin zu wahren. Gerade heute, wo die Tendenz deutlich in Richtung „Postdemokratie“ (Colin Crouch) zeigt. Demokratische Politik und die viel zitierte „Volkssouveränität“ werden heute unter dem Druck der Wirtschaft und der Konzerne offen umgangen und relativiert. Demokratie ist nämlich vielfach „ineffizient“, „schleppend“ und der wirtschaftlichen Entwicklung „schädlich“. Das Risiko, dass das Volk nicht jede politische Entscheidung „richtig“ trifft, ist groß. Indessen beweisen gerade Nichtdemokratien oder Halbdemokratien, wie man Wirtschaft „richtig“ macht. Wir erleben deshalb eine ständige Verlagerung der Politik an nicht-demokratische Institutionen, an internationale Organisationen, an bürokratische Instanzen. Diese Institutionen verfügen über keine demokratische Legitimation, entscheiden aber – was die Inhalte und die Tragweite der entsprechenden Entscheidungen betrifft – so, wie eigentlich Parlamente entscheiden müssten, mit einem entscheidenden Unterschied: Sie übernehmen keine politische Verantwortung, sie können nicht gewählt und auch nicht abgewählt werden. Sie können letztlich auch nicht „objektiv“ bleiben, weil in der Politik immer Wertentscheidungen anstehen, bei denen es abzuwagen gilt. Das Volk wird dabei um seine Souveränität betrogen. Mit dem Begriff „Postdemokratie“ ist dabei grundsätzlich keine „Nichtdemokratie“ gemeint, aber auf jeden Fall eine reduzierte Demokratie. Klar finden in diesem System noch Wahlen statt und selbstverständlich ist ein politischer Wechsel „eigentlich“ möglich. Das Volk hat allerdings nur noch marginalen Einfluss auf das politische Geschehen. Demokratie wird dann nämlich beschränkt, begrenzt, reguliert, korrigiert und delegiert und ist am Ende nur noch ein Schatten seiner selbst¹¹. Das Politische verschwindet dabei nicht gänzlich aus der Welt, sondern verlagert sich nur an andere Stellen. Letztlich scheitert ein schwaches Volk, das nicht im Politischen zu verbleiben vermag und es „regieren“ die Lobbys und Interessengemeinschaften.

Die ganze Dramatik dieser Art von Politik zeigt sich gerade an der Einwanderungspolitik. Die Einwanderung nach Europa nimmt heute nur deshalb derartige Ausmaße an, weil eine politische und wirtschaftliche Elite die Bevölkerung aus jeder Entscheidung ausschließt. Und während linke Weltverbesserer auf eine

„Menschlichkeit“ pochen und sich erwarten, dass Europa jeden Einwanderer freudig aufnimmt, verbergen sich hinter dieser geheuchelten Menschlichkeit, die man den anderen aufdrängt, nicht nur linke Träumereien von einer anderen, nämlich „multikulturellen“ Gesellschaft, sondern vor allem auch wirtschaftliche Interessen. Die Wirtschaft kommt zu ihren billigen Arbeitskräften und gleichzeitig wird durch billige Konkurrenz aus dem Ausland das Lohnniveau am Arbeitsmarkt insgesamt gesenkt – zum Leidwesen der einheimischen Arbeitnehmer. Und weil diese Löhne, die man an die Einwanderer zahlt, vielfach nicht ausreichen, kommt es zu staatlichen Transferleistungen: Gewinne werden privatisiert, Kosten sozialisiert und der Allgemeinheit aufgedrängt. Dass Einwanderer unseren Wohlstand „retten“ und eine „Bereicherung“ darstellen, ist objektiv betrachtet nur dort der Fall, wo klare Bedingungen an die Einwanderer gestellt werden, wie sie klassische Einwanderungsländer formulieren, was im Sozial-El Dorado Europa kaum der Fall ist. Indessen mehren sich die Probleme mit jenen „Fremden“, die ohne Anstellung und sozialer Perspektive und mit einem völlig anderen kulturellen Hintergrund ihre „Eingliederungsprobleme“ haben. Probleme, die von öffentlicher Gewalt bis hin zu organisierter Kriminalität und bürgerkriegsähnliche Zustände reichen, wie die Realität in zahlreichen europäischen Städten zeigt. Überall setzt man in der Folge völlig naiv auf eine nichtssagende „Integration“, die eigentlich nur dort funktionieren kann, wo der Ausländeranteil überschaubar bleibt, wo die Mehrheitsgesellschaft die Mehrheit bleibt und wo klar ist, dass Integration eine „Bringschuld“ der Zuwanderer ist mit Druck zur Anpassung und Konsequenzen bis hin zur Ausweisung. Das Schlagwort „Integration“ ist dabei auch nur deshalb immer noch in aller Munde, weil weder erklärt ist, was „Integration“ nun konkret bezeichnet und weil sie auch nicht annähernd ergebnisorientiert ist.

Politik verdient dann ihren Namen, wenn sie den Mut hat, Entscheidungen zu treffen. Das kann man von unserer heutigen Politik nicht behaupten. In unserer liberalen Zeit wird Politik gerne auf Verwaltung reduziert. Der Liberalismus bewirkt eine Ökonomisierung aller Werte und Bereiche. „Konkurrenz“ und „Diskussion“ ersetzen die klare Entscheidung. Die Politik wird zum „Geschäft“

und Beruf. Politik ist im liberalen Sinne dann „gut“, wenn sie auf den bestmöglichen Interessensaustausch hinausläuft, der es mehr oder weniger allen recht macht. Tatsächlich macht man es niemals allen recht. Es gibt auch keine klaren Kriterien für das, was „öffentlichtes“ Interesse ist, insbesondere nicht in unserer pluralistischen Gesellschaft. Das „öffentliche“ Interesse ist vor allem eine subjektive Angelegenheit und eine Frage der Wertesetzung. In der Politik geht es nie um „richtig“ und „falsch“, sondern um Werte. Früher oder später kommt jede noch so „sachliche“ Politik an den Punkt, wo sie sich für diesen oder jenen Wert entscheiden muss. Spätestens dann scheitert eine Technokratie und es wird „echte“ Politik notwendig. Echte Politik beruht auf der Einteilung in „eigene“ und „fremde“ Werte. Es geht um die „Wir“ und um die „Anderen“ mit der Bereitschaft für die eigenen Interessen auch in die Auseinandersetzung zu treten. Das ist das, was sich definitionsgemäß „politisch“ nennt und ist auch der Inbegriff und „Begriff des Politischen“. Carl Schmitt spricht in Bezug auf das liberale Politikverständnis richtigerweise von einer „Negation des Politischen“. Demgegenüber wäre es Aufgabe von Politik, Visionen und Perspektiven zu erarbeiten, Prozesse zu verlangsamen, zu beschleunigen, zu lenken und zu formen, Werte zu setzen. Politik hat für gemeinsame Sachen in die Auseinandersetzung zu treten, zu kämpfen, die Grenzen des Möglichen auszuloten. Politik ist niemals nur die „normative Kraft des Faktischen“.

Wir leben heute gerade auch auf europäischer Ebene und im Rahmen der Europäischen Union in einer Zeit, in der das Ausmaß der öffentlichen Verschuldung nicht mehr weiter ausbaubar ist. Überall sind Sparprogramme und Rationalisierungsmaßnahmen gefragt, um das Schuldenausmaß zumindest annähernd in den Griff zu bekommen. Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt dramatische Züge an. Das Gefälle zwischen europäischen Nord-Staaten und Süd-Staaten nimmt drastisch zu. Es wird bereits offen über eine Aufspaltung der EU in einen Nord- und einen Süd-Euro debattiert oder die Rückkehr zu nationalen Währungen in den Raum gestellt, um die Schuldenkrise über Währungsabwertungen in den Griff zu bekommen und um die starken Nord-Staaten nicht in ihrer Entwicklung zu hemmen. Auf Seiten der EU-Eliten will man derartige Diskussionen freilich nicht zulassen, um das EU-Projekt nicht in Frage zu stellen. Um die EU-RO-Zone nicht auseinander brechen zu lassen, werden deshalb gewaltige Stabilitätsmechanismen und Milliardengarantien notwendig. Die Angst vor einer Inflation und vor Vermögensverlust ist angesichts einer derartigen Währungspolitik berechtigt. Die EU entwickelt sich in ihrer heutigen Form zur Haftungs-, Transfer- und Schulden-Union, sie war von Anfang an falsch konzipiert. Es war grundsätzlich fahrlässig und anmaßend, verschiedene europäische Volkswirtschaften, Staats- und Gemeinwesen mit unterschiedlichen Realitäten in einer einzigen Währungsunion zusammenzufassen. Die Rechnung bekommen die Tüchtigen und Erfolgreichen präsentiert, die für die Schulden der anderen herhalten müssen. Das trifft natürlich auch Südtirol. Südtirol ist wirtschafts- und finanzpolitisch an Italien gebunden, obwohl es wirtschaftlich eigentlich zu den stärkeren Nord-Staaten gehören müsste. Indem das Gefälle innerhalb der EU weiter zunimmt, wird Südtirol mit Italien nach unten gewirtschaftet. Die Konsequenzen sind spürbar: Wirtschaftsrückgang, Arbeitslosigkeit, Kaufkraftverlust. Langfristig gesehen ergibt sich ein Vermögens- und Wohlstandsverlust für jeden Einzelnen von uns. Die Perspektive ist ernüchternd: Wir werden alle ärmer werden. Tragisch dabei ist: Wir können als Südtiroler eigentlich kaum etwas dafür. Wir sind für die italienische Schuldenkrise nicht verantwortlich und auch nicht bereit, dafür herzuhalten. Um auch nur annähernd unseren Wohlstand zu hal-

ten, ist eine eigenständige Zukunftsperspektive für Südtirol unabdingbar. Ökonomen wie der Schweizer Thomas Straubhaar sind der Meinung, dass kleine Länder erfolgreicher sind¹². In einer globalisierten Welt und in einem europäischen Binnenmarkt sind Handelshemmnisse und Barrieren weitgehend verschwunden. Staatsgrenzen und die Größe eines Staates verlieren an Bedeutung. Die gleichberechtigte Teilhabe an der Wirtschaft wird vorangetrieben. Das bedeutet allerdings nicht, dass damit alle „gleich“ wären und Staatszugehörigkeit bedeutungslos wäre. Dadurch, dass der Wirtschaftsraum heute weitgehend „offen“ und „frei“ ist, wird die Politik erst recht bedeutend. Es sind nicht mehr Staatsgröße oder Staatsgrenzen, die uns in unseren Entwicklungen beeinflussen würden, sondern die politischen Rahmenbedingungen. Ob sich ein Unternehmen in diesem oder in jenem Land niederlässt und zum Wohlstand einer Region beiträgt und Arbeitsplätze schafft, hängt wesentlich von der Attraktivität des entsprechenden Standortes ab, nicht von Grenzen. Politisch gesehen hat ein Kleinstaat entscheidende Vorteile gegenüber größeren Staaten. Kleinstaaten sind attraktiver und können gerade in einem vereinten Europa entscheidend profitieren. Kleinere Staaten können durch ihren kleineren und effizienteren Verwaltungsapparat rascher auf Veränderungen reagieren. Verwaltungsabläufe und Rechtsprechung werden beschleunigt. Durch die größere Konkurrenz von außen fördern Kleinstaaten Innovation und Erneuerung. Politische Macht ist in einem Kleinstaat begrenzt, die Bürokratie ist überschaubar, die Kontrolle funktioniert besser. Die Mitwirkung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen funktioniert einfacher. Kleinstaaten können sich besser an das Land und an die lokalen Umstände anpassen. Kleinstaaten sind ausgeglichener und homogener. Die Konfliktbereitschaft ist geringer. Konsens und Kooperation lassen sich leichter herstellen. Das politisch-rechtliche System ist effizienter, stabiler, vertrauter, vertrauenswürdiger. Ein eigener Staat Südtirol wäre natürlich klein. Kleinheit ist aber eine Frage der Perspektive. Im Weltmaßstab ist jeder einzelne europäische Staat „klein“. Gerade darin besteht ja die Rolle der Europäischen Union: Auf der Grundlage gemeinsamer Werte die gemeinsamen Anliegen vorantreiben. Nicht unbedeutend sind dabei auch die kulturellen Faktoren. Die Südtiroler

30 ¹¹ Thomas Straubhaar: „Warum sind kleine Länder erfolgreicher als große?“
in Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 28.01.2007

Handelskammer, die sich umfassend mit der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Südtirols beschäftigt, spricht dabei unter anderem von der Notwendigkeit eines „Wir“-Gefühls¹³. Es ist wichtig und wesentlich, dass sich in Südtirol eine gemeinsame politische Identität und ein Zusammengehörigkeitsgefühl herausbilden und dass sich Menschen mit Leidenschaft und Überzeugung zu diesem Land bekennen. Die Menschen müssen sich mit Südtirol identifizieren können wollen. Sie sollen „stolz“ sein auf dieses Land und sich gegenüber dessen Zukunft verpflichtet fühlen. Sie sollen sich für Land und Leute tatkräftig einsetzen. Die Südtiroler Handelskammer spricht dabei richtigerweise von einer „Südtirolfreundlichkeit“ und von einem positiven Südtirol-Bild. Etwas mutiger und weniger politisch korrekt ausgedrückt könnte man von einem Südtirol-Patriotismus sprechen. Es geht dabei darum, die Südtiroler Einzigartigkeiten zu unterstreichen und herauszuheben, sie zu bewahren und zu verteidigen. Das sind unsere einzigartige Natur- und Kulturlandschaft und unsere intakte Umwelt als Kapital für Wirtschaft und Gesellschaft. Die kleinstrukturierte und diversifizierte Unternehmenslandschaft, die Stabilität und Arbeitsplätze in der Peripherie schafft. Kleine und überschaubare Kreisläufe. Gelebte Solidarität in einer Solidargemeinschaft. Das Genossenschaftswesen. Die Lebensqualität in lebendigen Städten und Dörfern. Die Südtiroler Kultur mit ihren Traditionen und Brauchtümern. Das soziale Netz mit seiner Bedeutung von Familie, Ehrenamt und Generationenverantwortung. Gesellschaftliche Leitwerte und Tugenden wie Handschlagqualität, Vertrauen, Verantwortlichkeit. Die Tiroler Lebensart mit ihren prägenden Werten. Es geht dabei in diesem Sinne um das „echte“ Südtirol, das nicht im Gegensatz zum größeren Ganzen Europa steht, sondern die Menschen dort abholt, wo sie sind, in ihren eigenen Lebenswelten und Realitäten. Der Mensch ist und bleibt provinziell. Wir denken regional. Und leisten – wenn es sein muss – unseren Beitrag zum globalen Ganzen.

Solidarität ist familiär, lokal, regional, national. Nur wenn sich Einzelne als Gemeinschaft wahrnehmen, entwickeln sie auch die Bereitschaft, für das Ganze einzutreten, dem sie angehören und üben Nächstenliebe, also Solidarität gegenüber ihren „Nächsten“, aus. Heute wird vielfach unter Verweis auf die ei-

¹³ Südtirol auf dem Weg in die Zukunft“, Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer Bozen, 2011 31

gene „Freiheit“ die individuelle Selbstverwirklichung vorangetrieben. Jeder ist scheinbar nur noch an seinem eigenen Wohlbefinden und Weiterkommen interessiert. Um die Gemeinschaft kümmert sich niemand mehr. Wieso auch, wenn es einen fürsorglichen Staat gibt? Es stimmt schon, dass nach liberaler Doktrin einer Gesellschaft am besten gedient ist, wenn jeder für sich selbst das Beste anstrebt. Die liberale Doktrin hat aber auch ihren Haken. Wer kümmert sich in einem System individueller Selbstverwirklichung um das Ganze? Wer setzt sich für jene Werte ein, die keinen schnellen Erfolg abwerfen? Mit Verweis auf den Staat ist es nicht getan. Erstens wird dadurch, dass man den Einsatz für das Gemeinwohl an den Staat delegiert, die Eigenverantwortung untergraben. Zweitens führt die Sozialgesetzgebung unweigerlich zu Neiddebatten, ausufernden Sozialleistungen, Sozialmissbrauch. Drittens bricht eine Gesellschaft auseinander, wenn sie nicht mehr lebendiger Ausdruck der Gegenseitigkeit und Zusammengehörigkeit ist. Eine Gesellschaft benötigt vor allem Werte wie: Soziale Verantwortung, Dienst an Land und Leuten, Einsatz für das Gemeinsame und das Gemeinwesen. Es sind Werte, die grundsätzlich nicht „marktkonform“ sind, die auf dem Markt keinen Gewinn und keinen materiellen „Wert“ abwerfen, die für eine Gesellschaft und für ein Land aber unersetztlich und unbezahltbar sind. Eine Gesellschaft ist nur so viel wert, wie sie den Einsatz für solche Werte würdigt – und zwar nicht am Rande, sondern in der Mitte der Gesellschaft, indem sie ideelle Leistungen anerkennt vor Gehalt, Besitz, Kaufkraft, Nützlichkeit. Es geht um eine leistungsgerechte Gesellschaft und um Südtirol als Ganzes. Dazu gehört auch, dass jene zuerst kommen müssen, die dieses Land aufgebaut und zu dem gemacht haben, was es heute ist. Das eigene Volk muss an erster Stelle stehen. Erst danach kommen die anderen.

Die Stärke eines Landes besteht nicht in seiner Größe oder in seinem Macht Einfluss. Die Stärke eines Landes besteht in seiner kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Attraktivität und in seiner Ausstrahlungskraft. Deshalb ist es besonders wichtig, dass sich die Menschen mit diesem Land identifizieren, dass sie stolz sind auf ihr Land, dass sie über klare Visionen und Perspektiven verfügen. Es geht um den Willen zu überdauern und um den Willen, ein geordnetes

Gemeinwesen zu hinterlassen. Gibt es diesen Willen in Bezug auf unsere heutige Autonomie? Kann man auf diese heutige Autonomie stolz sein? Nur bedingt. Diese heutige Autonomie war nie als Dauerlösung konzipiert. In ihrer heutigen Form ist sie unvollständig und unfertig. Vor allem gelingt es ihr nicht mehr, ihre vorpolitischen Grundlagen am Leben zu halten. Keine Volksgruppe kann auch dazu „verdammt“ sein, auf Dauer innerhalb eines fremden Staates zu verbleiben, mit dem sie sich nicht identifizieren kann und zu dem sie sich nie bekannt hat. Es gehört zur Dynamik und zur Wechselhaftigkeit der Geschichte, dass sich Teilgebiete selbständig machen und Grenzen neu ziehen. Wo die Politik zu Veränderungen nicht mehr fähig ist, ist sie scheintot und kann eigentlich gleich abtreten. Echte Politik ist etwas anderes. Echte Politik ist ausgeübte Macht. Politik besteht in der Fähigkeit, am grundsätzlichen Lauf der Dinge etwas zu ändern und nicht darin, sich mit den Dingen zu arrangieren. Die Stärke eines Landes besteht in einer Politik, die frei ist. Wer äußerlich frei sein will, muss sich aber zu allererst einmal innerlich frei machen und befreien von Abhängigkeiten, Bestechlichkeit und von der Unfähigkeit, über den Status Quo hinauszudenken. Geschichte wird von Freien gemacht. Genau darum geht es: Als Freie dem Schicksal seine Prägung geben. Schließlich geht es um unser Land und um seine Zukunft. Mehr als die Vergangenheit muss uns die Zukunft dieses Landes interessieren. Ein eigener Staat Südtirol ist eine echte Zukunftsperspektive, die Zusammenhalt, Selbstbewusstsein und Stärke schafft. Und selbst wenn ein eigener Staat Südtirol für viele mangels eigener Vorstellungskraft nicht realistisch erscheint, so ist und bleibt ein Unabhängigkeitsbewusstsein doch die Grundlage dafür, dass wir unsere derzeitigen autonomen Rechte dauerhaft verteidigen und ausbauen.

Michael Demanega

Geboren am 1. Juni 1986 in Bozen, wohnhaft in Salurn.

Studium an der Universität Trient.

Seit 2012 Generalsekretär der Südtiroler Freiheitlichen



